Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	11
B. Sachdarstellung	19
I. Die Härtefallklausel - was ist das?	19
1. Vorgeschichte	19
a.) Das "Verhandlungsergebnis" in der ostdeutschen Metallindustrie vom 07.03.1991	21
b.) Die außerordentliche Kündigung durch den Arbeitgeberverband	25
aa.) Der Streit um die Zulässigkeit der außerordentlichen Kündigung	26
bb.) Stellungnahme	27
c.) Arbeitskampf und Tarifverhandlungen im Frühjahr 1993	29
aa.) Der Vorschlag von Gesamtmetall: "Öffnungsklauseln für betriebliche Regelungen"	29
bb.) Der Vorschlag der IG Metall: "Härtefallklausel"	30
cc.) Divergenzen und Differenzen der Vorschläge	31
2. Der Tarifvertrag vom 14. Mai 1993	33
3. Erläuterungen zum Inhalt der tariflichen Härtefallklausel	35
a.) Das Verfahren	35
b.) Interpretation des Begriffs "Härtefall"	36
aa.) Das IG Metall-Papier	
"Die wirtschaftliche Überprüfung eines Härtefalles"	38
(1) Zum Tatbestand "drohende Insolvenz"	39
(2) Zum Tatbestand "Schutz von Arbeitsplätzen"	39
(3) Zum Tatbestand "Verbesserung der Sanierungschancen"	40
bb.) Das Gesamtmetall-Papier	
"Rechtliche und praktische Hinweise zur Anwendung der tariflichen Härtefallklausel in den Tarifgebieten der neuen Bundesländer"	42
II. Die praktische Umsetzung der Härtefallklausel unter besonderer Berücksichtigung von Treuhandunternehmen	45
1. Anwendungsstreit	46

2. Härtefallanträge/Härtefallverfahren	50
3. Härtefallregelungen	57
C. Die Härtefallklausel - taugliches Modell zur Lohnflexibilisierung in der Unternehmenskrise?	61
I. Rechtliche Einordnung	61
1. Rechtsprobleme im Hinblick auf Öffnungsklauseln für firmenbezogene Verbandstarifverträge	62
a.) Friedenspflicht	62
b.) Gleichbehandlungsgrundsatz	64
c.) Stellungnahme	66
aa.) Härtefallklausel und Friedenspflicht	66
bb.) Härtefallklausel und verfassungsrechtlicher Gleichheitssatz bzw. verbandsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	70
(1) Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz	70
(2) Verbandsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	74
2. Anwendung der Härtefallklausel - Rechtsprobleme im Hinblick auf Definition und Umsetzung der Härtefallklausel	77
a.) Der "Härtefall" - ein unbestimmter Rechtsbegriff	77
b.) Die Härtefallklausel - ein Eingriff in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit?	79
aa.) Problemstellung - Einfluß der Tarifvertragsparteien auf Sanierungskonzepte und Investitionen	79
bb.) Diskussionsstand	80
cc.) Stellungnahme	82
II. Praktische Funktionshindernisse der Härtefallklausel	86
D. Löhne in der Unternehmenskrise - Alternativen zur Härtefallklausel ..	91
I. Einleitung	91
II. Reduzierung tariflicher Löhne und Leistungen durch Not-Betriebsvereinbarung - Kompetenzen der Betriebspartner	96
1. Tariflohnkürzungskompetenz der Betriebspartner in der Unternehmenskrise	97
a.) Vollmer - 1982	98
b.) Adomeit - 1984	98
c.) Reuter - 1991	99
d.) Ehmann/Schmidt - 1995	99
e.) Stellungnahme	99
2. Öffnungsklauseln für Lohnkürzungen durch Betriebsvereinbarung	105

a.) Tarifvertragliche Öffnungsklauseln	106
aa.) Betriebsverfassungsrechtliche Zulässigkeit	106
(1) Unterschreitung des tariflichen Mindestniveaus durch Not-Betriebsvereinbarung als "ergänzende" Betriebsvereinbarung nach § 77 Abs. 3 Satz 2 BetrVG?	106
(2) Regelungsbefugnis der Betriebsparteien	108
(a) Umfassende inhaltliche Regelungsbefugnis	108
(b) Ausschließlich belastende Betriebsvereinbarungen	108
bb.) Tarifvertragliche Zulässigkeit - regelmäßige tarifliche Öffnungsklauseln für Not-Betriebsvereinbarung als Verstoß gegen die Tarifautonomie?	111
cc.) Zweckmäßigkeit von Not-Betriebsvereinbarungen - die Notlagenfeststellung als Zentralproblem -	115
(1) Qualifikation des Entscheidungsträgers - Kriterien	116
(2) Definitionsproblem - Vorschläge der Deregulierungskommission	118
(a) Definition in Anlehnung an § 112 BetrVG	119
(b) Definition anhand von Insolvenzvorschriften	119
(3) Bestimmung der Notlage durch die Betriebspartner	120
(a) 1. Fall: Übereinstimmende Einschätzung der Notlage durch die Betriebspartner	122
(aa) Sachbezogene Qualifikation der Betriebspartner	122
(bb) Betriebliche Tarifpolitik?	123
(cc) Durchsetzungsmacht des Betriebsrates	126
(dd) Vetorecht der Tarifvertragsparteien	130
(b) 2. Fall: Uneinigkeit der Betriebspartner bei der Bewertung der Notlage - Feststellung durch Dritte	132
(aa) freiwillige Not-Betriebsvereinbarung	134
(bb) erzwingbare Not-Betriebsvereinbarung Parallelen und Unterschiede zur Arbeitszeitöffnungsklausel von 1984	136
b.) gesetzliche Öffnungsklauseln	141
aa.) Staatliche Regelungsmacht und Koalitionsfreiheit nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	142

(1) Kernbereichslehre	142
(2) Voraussetzungen staatlicher Regelung	146
(a) Qualität des zu schützenden Rechtsgutes	147
(b) Gebotensein staatlichen Eingreifens	148
(c) Subsumtion	152
bb.) Funktions - und Bestandserhaltung des Tarifvertrags- systems trotz gesetzlicher Öffnungsklauseln für Not- Betriebsvereinbarung	155
3. Untertariflicher Lohn in der Unternehmenskrise qua Arbeits- vertrag - möglich über das Günstigkeitsprinzip?	158
a.) Rechtspolitischer und verfassungsrechtlicher Hintergrund des Günstigkeitsprinzips	160
b.) Die "günstige" Regelung	164
aa.) Verhandlungsgleichgewicht und subjektive Einschät- zung der Arbeitsvertragsparteien als Maßstab der Günstigkeit	164
bb.) Objektiv-hypothetischer Maßstab	166
(1) Kompensationsgedanke	167
(2) Kompensationswert der Beschäftigungsgarantie	169
(3) Bestandsschutz gegen Absenkung des Tarifniveaus - Risikoabwägung durch den einzelnen Arbeitneh- mer	170
E. Zusammenfassung	177
F. Literaturverzeichnis	183
G. Abkürzungsverzeichnis	191
H. Anhang	193